

IVA-ANREGUNGEN

ZUR AUFWERTUNG DES WIRTSCHAFTSSTANDORTS - STEUERPOLITIK

VORBEMERKUNGEN:

- Österreichs Bürgers stecken Ihre Ersparnisse traditionell in **Immobilien** oder das **Sparbuch**. Veranlagung beruht auf Eigeninitiative.
- Arbeitnehmervertretungen ist die Vermögensbildung leider nicht wichtig. Nur 5 bis 10 Prozent des Arbeitseinkommens wird Jahr für Jahr gespart.
- Ausländische Investoren haben Österreich längst für Veranlagungen entdeckt. Circa 75% des Streubesitzes der an der Wiener Börse gehandelten Unternehmen gehören bereits institutionellen ausländischen Investoren, 90% des Handelsvolumens entfallen auf diese Gruppe.

Es geht nicht darum, neue steuerliche Förderungen zu erfinden, sondern konkrete steuerliche Stellschrauben zu optimieren. Der Kapitalmarkt ist wichtiger Teil der Vermögensbildung in der Gesellschaft und sollte von allen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft auch so gesehen werden.

VORSCHLÄGE STEUERRECHT

- Kapitalertragssteuer reformieren. Befreiung von der Kapitalertragssteuer nach einer überschaubaren Behaltefrist, z.B. ein Jahr. Weitere Verbesserungen für Sparpläne für Wohnraumbeschaffung, Vorsorge und ökologische Zwecke. Kein kompliziertes Kontomodell!
- Abschaffung jeglicher "Übergewinn"-Abschöpfungssteuern
- Nein zu Vermögenssteuern. Stattdessen: Aufwertung des Finanzplatzes für die Veranlagung von Großvermögen in Österreich. Ziel: Volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen.
- Spürbare **Reduktion der Nebenkosten für Eigenheimerwerb** (Grunderwerbsteuer)
- Abschaffung der Eintragungsgebühr von Eigentum (1,1 %) und Pfandrechten (1,2 %) im Grundbuch, sowie von Vertragserrichtungsgebühren nach internationalen Standards
- Reform der steuerbegünstigten Zukunftsvorsorge. Variante ohne kostenintensiver Kapitalgarantie. Forcieren eines hohen, inländischen Aktienanteils
- Steuerliche Förderung von nationalen, nachhaltigen Investments, insb. Energie-Infrastruktur
- **Stärkung des Eigenkapitals** zB: durch Reform des Investitionsfreibeitrags, oder Absetzbarkeit einer Eigenkapitalverzinsung
- Erhöhung der betrieblichen Mitarbeitervorsorge von 1,53% auf 2,00% bis 3,00%. Auszahlung als Zusatzpension nach Pensionsantritt, Zusammenlegung der Mitarbeitervorsorgekassen mit den Pensionskassen, dadurch Reduktion der Verwaltungskosten
- Gewinnfreibetrag für Investitionen in Beteiligungen an börsennotierten Infrastrukturunternehmen mit einer öffentlichen Körperschaft als Kernaktionär (mindestens 25%) – trifft in Österreich derzeit auf Post, OMV, Telekom, EuroTeleSites, Verbund, EVN, Burgenland Holding und Flughafen Wien zu